

Zechprellerei vorbeugen reicht nicht

Nun ist die Katze aus dem Sack: Die Bundesregierung plant eine Bankenabgabe „light“ und verwirft dafür die Finanztransaktionssteuer. Als hätte das Eine mit dem Anderen zu tun! Die schwarz-gelbe Bankenabgabe soll ausgewählte Finanzinstitute verpflichten, Anteile auf ihr Eigenkapital in einen Krisenfonds einzuzahlen. Die Banken würden damit für zukünftig verursachte Schäden selbst aufkommen. Zechprellerei soll nicht mehr so häufig vorkommen.

Eine Finanztransaktionssteuer zielt hingegen auf die Spekulanten. Der kurzfristige spekulative Handel wird durch eine „Mehrwertssteuer“ auf den Handel mit Finanzprodukten verteuert. Die Finanztransaktionssteuer spült mindestens dreizehnmal mehr Geld in die öffentlichen Kassen – jedes Jahr! Die Bankenabgabe ist also keine Alternative zur Finanztransaktionssteuer. Sie ist – gut gemacht – eine Ergänzung.

Die Bundesregierung sieht das anders: Die Finanztransaktionssteuer könne nur international eingeführt werden und da sähe es schlecht aus, lässt Finanzminister Schäuble verlauten. Das ist falsch.

Erstens gibt es weder auf internationaler noch auf europäischer Ebene großen Widerstand gegen die Einführung einer Transaktionssteuer. Im Gegenteil: Die größten 20 Wirtschaftsnationen (G20) haben den Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgefordert, bis 22. April 2010 eine Bewertung der Transaktionssteuer vorzunehmen. Erst danach soll eine Entscheidung fallen. In Europa hat das Parlament die Kommission mit einer Prüfung beauftragt. Wenn die Bundesregierung sich heute gegen eine Finanztransaktionssteuer ausspricht, dann ist sie es, die diese Steuer international ablehnt. Das straft die bisherigen Bekenntnisse von Schäuble und Merkel Lügen.

Zweitens ist der europäische Wirtschaftsraum groß genug, um eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Es würde nichts an internationaler Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Im Übrigen könnte Deutschland sofort mit einer erweiter-

ten Börsenumsatzsteuer starten – oder mindestens mit einer Stempelsteuer wie in Großbritannien. Sie bringt dort jährlich rund 4,2 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen. Und trotz „stamp duty“ beherbergt Großbritannien den größten Finanzplatz Europas.

Eine Bankenabgabe „light“ – die darauf verzichtet, die Banken für den von ihnen bereits verursachten Schaden zur Kasse zu bitten – bringt es gerade mal auf eine Milliarde Euro an Einnahmen.

Der amerikanische Präsident geht mit seiner Bankenabgabe einen deutlich anderen und schärferen Weg. Dort soll die Abgabe die derzeitige Krise mitfinanzieren. Die US-Bankenabgabe fällt deutlich höher aus. Auch in den USA liegt im Übrigen die Vorlage zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Senat. Die Debatte dort steht noch aus.

Das heißt: Die Finanztransaktionssteuer und Bankenabgabe schließen sich nicht gegenseitig aus. Allerdings muss eine richtige Bankenabgabe die Finanzinstitute an den aktuellen Krisenlasten beteiligen. Wenn die Privatbanken darüber hinaus einen Versicherungsfonds für zukünftige Krisen gründen wollen und diesen aus eigenen Mitteln finanzieren, dann sollen sie dies tun.



**REGULATE
GLOBAL FINANCE
NOW!**

DGB-Broschüre: „Aus der Krise lernen – Finanztransaktionen besteuern“:

<http://www.dgb.de/themen/++co++62c458ae-155e-11df-4ca9-00093d10fae2>